

Der Bürgermeister bedankte sich bei den Beteiligten für die konstruktiven Beratungen zum Haushalt.

Herr Doğan nahm Stellung zu Personalplanungen bzw. zu Stellen in der Verwaltung, in der Stabsstelle IuK und im Fachbereich Gebäudemanagement. Entgegen der Beschlussempfehlungen im Finanzausschuss am Vortage, am 7. Dezember, habe die Verwaltung nun doch andere Pläne bzw. mache andere Vorschläge. Zum einen betreffend der Stelle bei der IuK: Sachbearbeiter mit 39 Stunden, Entgeltgruppe 9c. Von der Kooperation sei im Finanzausschuss erklärt worden, dass diese Stelle mit EG 8 mit anschließender Bewertung eingerichtet werden solle. Von der Verwaltung werde appelliert, dass diese entgegen dem Mehrheitsvotum des Finanzausschuss nun doch mit der EG 9c eingerichtet werden solle. Der zweite Punkt betreffe die Aufbauorganisation im Fachbereich 9. Für den Fachdienst Hochbau sollen zwei Team-Leitungen mit EG 12 eingerichtet werden. Derzeit gäbe es eine halbe Stelle mit EG 11, die Ende des Jahres auslaufe und wegfallen könne. Die eine Team-Leitung (halbe Stelle) solle dann intern und falls dies nicht erfolgreich sei, auch extern ausgeschrieben werden. Die Stelle solle schnell besetzt werden, um für eine Entlastung in diesem Bereich zu sorgen. Bei der anderen Team-Leitung solle ähnlich verfahren werden. Es könne hier allenfalls zu einer temporären Kosten-Mehrung kommen. Für den Fachdienst 9/20 sei beabsichtigt, eine Stelle mit der EG 8 einzurichten. Diese Stelle solle dann entgegen früherer anderer Planungen nicht als Vorarbeiter-Stelle bezeichnet oder eingerichtet werden. Aus einer bestehenden EG 11-Stelle in diesem Fachdienst solle eine Führungskraft gemacht werden zur Entlastung des betroffenen Fachdienstleiters.

Herr Knülle dankte Herrn Doğan und hob hervor, dass es positiv sei, dass damit Schritte zu einer neuen Personalplanung gegangen würden.

Frau Jung wies darauf hin, dass mit personellem Wachstum eine Professionalisierung der Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten und eine Entbürokratisierung einhergehen solle. Dies gelte nicht nur für das Technische Dezernat. Das Beratungsergebnis sei konstruktiv und zufriedenstellend.

Herr Rupp erklärte, dass wenn es gewünscht sei, dass die Maßnahme betreffend Narzissenweg mit einem Sperrvermerk versehen werden solle, dann müsse dies beschlossen werden. Es müsse zudem festgelegt werden, wer den Sperrvermerk aufheben könne. Der Rat könne den Ausschuss für Mobilität legitimieren, den Sperrvermerk aufzuheben. Eine andere Möglichkeit wäre es, dass der Ausschuss für Mobilität sich an den Finanzausschuss wendet und der Finanzausschuss aufhebe. Die letztere Möglichkeit würde einen zusätzlichen weiteren Schritt beinhalten.

Frau Jung bekräftigte, dass erst die Ergebnisse der Prüfung, die jetzt durchgeführt würde, abgewartet werden müssten. Der Politik müssten erst Ergebnisse der Bewertung vorgelegt werden, bevor bspw. der Ausschuss für Mobilität ohne weiteres den Sperrvermerk aufheben würde.

Der Bürgermeister ließ über den Vorschlag abstimmen, ob der Ausschuss für Mobilität dazu ermächtigt werden soll, den Sperrvermerk betreffend Narzissenweg in einer seiner Sitzungen aufzuheben.

Einstimmig

Herr Köhler erläuterte, dass es ihm wichtig gewesen sei, dass im Hinblick auf Stellenplan nochmal dezidierte Erklärungen geliefert würden.

Der Bürgermeister wiederholte betreffend der Stelle in der IuK, dass wie bereits von Herrn Doğan ausgeführt, diese Stelle mit der Entgeltgruppe 9c eingerichtet werden solle und ließ den Rat darüber abstimmen.

Einstimmig

Der Bürgermeister ließ den Rat ferner darüber abstimmen, ob der Fachbereich 9, wie von Herrn Doğan vorgestellt, aufgestellt werden soll.

Einstimmig

Herr Lienesch bemerkte, dass dieser Haushalt ja bereits der zweite Haushalt sei, der in diesem Jahr beschlossen würde, da im März ein Nachtragshaushalt beschlossen worden sei. Dort sei die unangenehme Entscheidung für die Erhöhung der Grundsteuer gefasst worden. Dennoch seien dadurch neue Spielräume für Personalmehrungen geschaffen worden, auch für Digitalisierung, für die Beschaffung einer zweiten Drehleiter etc.. Bedauerlich sei es aus Sicht der CDU-Fraktion, dass im Bereich der Grünpflege durch die Mehrheit des Rates Kürzungen beim Personal beabsichtigt seien. Bedauerlich sei weiterhin, dass der CDU mit ihrem Antrag nicht gefolgt worden sei bei der Einrichtung der Stelle für die Fördermittel-Akquise. Den Mitarbeitenden im Rathaus sei großer Dank auszusprechen. Die Stadt könne stolz darauf sein, dass trotz der widrigen Umstände viel geleistet werden könne, bspw. bei den städtischen Impf-Aktionen oder auch bei der Hilfe durch den Bauhof in den Gebieten nach der Flutkatastrophe im Sommer.

Herr Knülle dankte einleitend den Kollegen der Stadt, die den Haushalt aufgestellt hätten, den Kollegen der Kooperationspartner der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FDP und auch den anderen Kollegen im Stadtrat. Der Rat habe einer großen Menge von Stellenmehrungen zugestimmt. Es sei zu beachten, dass mit den Steuermitteln der Bürgerinnen und Bürger maßvoll umzugehen sei. Daher könne nicht allen von der Verwaltung gewünschten Stellenmehrungen Genüge getan werden. Die Kooperation habe Dinge vorangetrieben, die für die Bevölkerung von Wichtigkeit sein, gerade im Jugend- und Sozialbereich. Gerade Eltern, die viele Belastungen zu tragen hätten, müssten entlastet werden, bei KiTa-Gebühren etc. Weiterhin solle die Quartiersarbeit in den Ortsteilen gut fortgesetzt werden können. Insgesamt könne von solider Haushalts- und Finanzpolitik durch die Mehrheitskooperation gesprochen werden. Ganz besonders sei der Führungsspitze der Verwaltung, insbesondere dem Bürgermeister, für ihre Arbeit zu danken. Es sei das Ziel der Politik, die Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger besser zu machen.

Herr Metz sagte, dass es zu der Erhöhung der Grundsteuer, dass diese notwendig sei, um handlungsfähig zu bleiben. Es stelle dennoch weiterhin ein Herausforderung dar, dass Haushaltssicherungskonzept künftig verlassen zu wollen. Die Verwaltung sei mit einem Vorschlag für den Haushalt auf den Rat zugekommen, der sehr gut kommuniziert worden sei. Insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Schulen, bauliche Unterhaltung würden neue Wege gegangen. Die Stellenmehrungen seien von Politik sorgfältig geprüft worden. Der Aufwuchs beim Personal sei daher an bestimmten Stellen vom Stadtrat begrenzt worden. Die Stadt solle künftig noch kinder- und jugendfreundlicher gestaltet werden. Die Kooperation zeige Gestaltungs- und Veränderungswille in Verantwortungsbewusstsein. Der OGS-Ausbau müsse in den kommenden Jahren prioritär verfolgt werden, u. a. in Meindorf. Der Weg zur klimaneutralen Stadt werde zudem einen Kraftakt darstellen, dies müsse mit den finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Die Stadt sei handlungsfähig, die Kooperation sei gestaltungswillig.

Frau Jung schlug vor, künftig die Handhabung von Anfragen aus dem politischen Raum anders anzugehen. Bspw. könnten offene Fragen gebündelt in einer Video-Konferenz bearbeitet und beantwortet werden. Ansonsten müsse daran appelliert werden, dass Politik und Verwaltung gemeinsam mehr erreichen können, wenn weniger Konflikte ausgetragen würden, die mitunter nur aus Unachtsamkeit entstünden. Den Kooperationspartnern sei Dank auszusprechen, ebenso den anderen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat. Weiterhin sei den Kräften der Stadtverwaltung, insbesondere dem Team von Herrn Rupp, für die Aufstellung des Haushaltes zu danken. Der Stadt und allen beteiligten in Rat und Verwaltung sei zu wünschen, dass das kommende Jahr nicht so schwierig werden würde wie das zurückliegende.

Herr Köhler betonte, dass die Arbeit an diesem Haushalt unter besonderen Umständen stattgefunden habe. Den Beteiligten bei der Erarbeitung sei zu danken. Die bestehenden Probleme könnten nur dann angegangen werden, wenn die Verwaltung dort mit ausreichendem Personal ausgestattet würde. Hier sei als ein Bereich Straßenbaumaßnahmen zu nennen. Die Löcher in den Straßen könnten nur dann geschlossen werden, wenn genug Personal dies angehen würde. Ähnliches gelte bei der Grünpflege bzw. bei dem Thema Bio-Diversität. Daher teile der Aufbruch! die Sichtweise der Kooperation von SPD, Grünen und FDP bei der Schaffung von neuen Stellen nicht ganz. Der Aufbruch! wünsche sich für das kommende Jahr, dass im Rat und in den Ausschüssen weniger vorwurfsvoll miteinander bzw. zwischen den Fraktionen umgegangen würde. Die Tonalität stimme hier häufig nicht. Zum Zweiten sei bei der Aufstellung des Haushaltes viel mehr Bürgerbeteiligung notwendig. Dem Bürger müssen die Einzelheiten näher gebracht werden.

Der Bürgermeister verlas den Beschlussvorschlag für den Haushalt für das Haushaltsjahr 2022:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für das Haushaltsjahr 2022 mit den dazu gehörenden Anlagen in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs einschließlich des 1. Und 2. Änderungspapiers der Verwaltung und unter

Berücksichtigung der vom Finanzausschuss am 07.12.2021 sowie die vom Rat in der heutigen Sitzung empfohlenen Änderungen.

Einstimmig